SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2052
28. 06. 94

Antrag

der Fraktion der SPD

Resolution zum Bericht der Landesregierung „Für mehr Steuergerechtigkeit – gegen Wirtschafts- und Steuerkriminalität"

Drucksache 13/2028

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, **Regelungen auf Bundesebene** anzustreben, wonach die als Ergebnis von Betriebsprüfungen und Fahndungsermittlungen festgesetzten Steuermehrergebnisse überproportional dem jeweiligen Bundesland zufließen sollen.
2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert zur Umsetzung von mehr **Steuergerechtigkeit** die Reform des Familienlastenausgleichs sowie die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Steuerfreistellung des Existenzminimums. Dazu gehört auch die steuerliche Entlastung der Lohn-Arbeit und die Verteuerung der Nutzung von Naturressourcen und Energie, um Arbeit billiger zu machen und so die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöhen zu helfen.
3. Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt die Forderungen der Landesregierung nach einer **Vereinfachung des Steuerrechts.**

   Er erwartet dies insbesondere bei der Umgestaltung der steuerlichen Wohneigentumsförderung und bei der Abschaffung von Privilegien und Ausnahmevorschriften, z. B. für Aufwendungen im Grenzbereich privater/beruflicher/betrieblicher Veranlassung. Zu

Die Landtagsdrucksachen sind fortlaufend und einzeln beim Verlag Schmidt & Klaunig, Ringstraße 19, 24114 Kiel, Fernruf 04 31/6 20 95, zu beziehen.

einer Vereinfachung gehört auch die aufkommensneutrale Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer.

4. Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die im Bericht zur Wirtschafts- und Steuerkriminalität genannten **Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaft- und Steuerkriminalität** und nimmt zur Kenntnis, daß in weiten Bereichen die Prüfungsrhythmen dem Bundesdurchschnitt entsprechen.

Hermann Benker
Anna Schlosser-Keichel
und Fraktion